

abstimmung

Stadt Winterthur · Volksabstimmung 24. November 2013

Stadt Winterthur



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Gemäss §§ 8 und 9 der Gemeindeordnung der Stadt Winterthur unterbreiten wir Ihnen die nachstehenden, vom Grossen Gemeinderat am 26. August 2013 und 16. September 2013 behandelten Vorlagen zur Abstimmung.

Wir laden Sie ein, die Vorlagen zu prüfen und Ihren Entscheid mit dem Stimmzettel abzugeben.

Winterthur, im Oktober 2013

Im Namen des Stadtrates:
Michael Künzle, Stadtpräsident
Arthur Frauenfelder, Stadtschreiber

Die Abstimmungsvorlagen

Vorlage 1:

Reorganisation Fürsorgebehörde
Seite 1–2

Beschluss im Wortlaut
Seite 3

Vorlage 2:

Überbrückungsfinanzierung
für Biorender
Seite 4–7

Vorlage 1

Reorganisation Fürsorgebehörde

Die Organisation der Sozialhilfe der Stadt Winterthur und die Aufgabenteilung zwischen Fürsorgebehörde und vollziehender Verwaltung (Soziale Dienste) sind historisch gewachsen und nicht mehr zeitgemäss. Mit einem neuen Modell will die Fürsorgebehörde ihre Organisation sowie ihre behördlichen Aufgaben, Zuständigkeiten und Verantwortungen den heutigen und zukünftigen Anforderungen anpassen. Die Behörde wird dabei umbenannt und verkleinert; sie heisst neu Sozialhilfebehörde und umfasst nur noch 11 statt 15 Personen. Zuständig ist sie künftig vor allem für strategisch-normative Aufgaben sowie die generelle Aufsicht über die Sozialhilfe. Die Entscheidungsbefugnisse für alle Einzelfälle werden dem zuständigen Verwaltungsbereich übertragen; gegen dessen Anordnungen kann weiterhin Einsprache an die Behörde erhoben werden. Die geplante Reorganisation erfordert Anpassungen in der Gemeindeordnung. Der Stadtrat und der Grosse Gemeinderat (mit 47 zu 7 Stimmen) unterstützen den Antrag der Fürsorgebehörde und empfehlen Zustimmung zur Vorlage.

Die im Jahr 2001 in Kraft getretene Geschäftsordnung der Fürsorgebehörde basiert auf Regelungen, die bereits 1994 eingeführt wurden. Das gesellschaftliche und politische Umfeld der Sozialhilfe hat sich seit dieser Zeit stark gewandelt. Nach Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs setzte eine lang dauernde Rezession ein, welche die Zahl der Menschen ohne Erwerbsarbeit ansteigen liess. Mit zeitlicher Verzögerung führte dies auch zu einer Zunahme von Personen, die für ihre Existenzsicherung auf Sozialhilfe angewiesen sind. Trotz Phasen wirtschaftlicher Erholung gelang es nicht im gewünschten Ausmass, diese Menschen von der Sozialhilfe unabhängig zu machen und in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Neben Langzeitarbeitslosigkeit sind auch Familienarmut und chronische Gesundheitsbeeinträchtigungen Gründe für den markanten Anstieg der Fallzahlen in der Sozialhilfe in den letzten 15 Jahren. Während im Jahr 1994 noch 1647 Dossiers geführt wurden, waren es 2012 bereits 2996. Mit den Fallzahlen sind auch die Kosten für die wirtschaftliche Hilfe sowie die Verwaltungskosten für den Vollzug der Sozialhilfe gestiegen.

Der stetige Anstieg der Sozialhilfefzahlen führte zu laufenden Anpassungen und zu einer Professionalisierung der Verwaltungsorganisation. An Bedeutung gewonnen haben die soziale und berufliche Integration von Klientinnen und Klienten. Neue Problemlagen haben auch eine Differenzierung der Dienstleistungsangebote der Sozialberatung sowie einen Ausbau der systematischen Missbrauchsbekämpfung notwendig gemacht.

Grenzen des heutigen Organisationsmodells

Im Gegensatz zu den Veränderungen in der Verwaltungsorganisation der Sozialhilfe arbeitet die Fürsorgebehörde trotz der Verdoppelung der Geschäftsfälle in praktisch gleich gebliebenen Organisationsstrukturen. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere viele operative Entscheide in Einzelfällen. Gleichzeitig nimmt sie in der Sozialhilfe Aufsichts- und Kontrollpflichten wahr. In den letzten Jahren wurden zunehmend die Schwächen und Grenzen dieses Organisationsmodells erkannt. Aufgrund der hohen Fallzahlen beschäftigt sich die Behörde



Beratung in der Sozialhilfe

vornehmlich mit operativen Geschäften und Prozessen. Die Erfüllung der operativen Aufgaben erfordert aber Fachwissen und Praxiserfahrung, worüber die Mitglieder der Milizbehörde nur bedingt verfügen. Gleichzeitig erfüllt die Fürsorgebehörde mit ihrer Aufsichts- und Kontrollpflicht strategische Aufgaben, was eine klare Zuordnung von Verantwortung und Kompetenzen erschwert. Wegen der vielen operativen Geschäfte kann die Fürsorgebehörde zudem ihre strategische Funktion heute nur bedingt wahrnehmen.

Die Fürsorgebehörde hat den Handlungsbedarf bereits 2009 erkannt und eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von Grundlagen für eine zeitgemässe Organisation eingesetzt. In der Arbeitsgruppe haben sechs Mitglieder der Fürsorgebehörde, zwei Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie ab 2010 der Vorsteher des Departements Soziales als Präsident der Fürsorgebehörde mitgewirkt. Am 6. Juni 2013 hat die Fürsorgebehörde ihren Vorschlag für die neue Organisation (bestehend aus dem Antrag für die Änderung der Gemeindeordnung und dem Entwurf einer neuen Geschäftsordnung) verabschiedet.

Neu Trennung von operativer und strategischer Funktion

Die Neuausrichtung der Fürsorgebehörde beinhaltet im Wesentlichen eine Trennung zwischen strategischem und operativem Geschäft. Die Behörde ist künftig für strategisch-normative Aufgaben zuständig und übt die generelle Aufsicht über die Ausrichtung der Sozialhilfe aus. Sie erlässt weiterhin kommunale Unterstützungsrichtlinien und bleibt erstinstanzlich für Einsprachen zuständig. Die generellen Aufsichtsaufgaben über Prozesse und Abwicklung

der Sozialhilfe wird sie über vermehrte Prüfungen im Einzelfall sowie über ein ausgebautes Berichterstattungswesen wahrnehmen. Die Verwaltung wird in Zukunft selbstständig und abschliessend für die Ausführung der Sozialhilfe zuständig sein. Die Behörde erlässt ein Organisationsreglement und delegiert die zur Erfüllung der operativen Aufgaben erforderlichen Entscheidungskompetenzen vollständig an die zuständige Bereichsleitung im Departement Soziales.

Dank diesen Anpassungen soll das Potenzial der Behörde besser genutzt werden können, und die Klärung der Zuständigkeiten soll zu einer erhöhten Effizienz in den internen Abläufen führen.

Reduktion der Anzahl Mitglieder und Namensänderung

Weil Aufgaben aus dem operativen Geschäft der Sozialhilfe künftig wegfallen, wird mit der Anpassung der Gemeindeordnung die Mitgliederzahl der neuen Sozialhilfebehörde von 15 auf 11 reduziert. Trotz Reduktion der Mitgliederzahl können auch in Zukunft alle politischen Parteien mit Fraktionsstärke im Grossen Gemeinderat in der Behörde vertreten sein. Damit ist weiterhin eine breite Abstützung der Behörde gewährleistet. Die Verkleinerung des Gremiums schafft die Voraussetzung, die neuen Aufgaben effizient und effektiv wahrnehmen zu können.

Mit der Reorganisation der Fürsorgebehörde geht auch eine Namensänderung einher. Der alte Begriff «Fürsorgebehörde» wird durch die zeitgemässere Bezeichnung «Sozialhilfebehörde» ersetzt.

Aufhebung der Bestimmungen über die Vormundschaftsbehörde

Neben der kompletten Neufassung des Teils über die Sozialhilfebehörde (§§ 66 bis 68) und der Anpassung diverser Einzelbestimmungen, in denen bis heute die Fürsorgebehörde erwähnt ist (§§ 10, 27, 28 und 34), sollen mit dem X. Nachtrag zur Gemeindeordnung die Bestimmungen über die Vormundschaftsbehörde aufgehoben werden. Mit dem neuen gesamtschweizerischen Kindes- und Er-

wachsenenschutzrecht ist diese gemeindeeigene Behörde hinfällig geworden. An ihrer Stelle wirkt seit Beginn des Jahres 2013 die kantonal geregelte, überkommunale Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB. Die Bestimmungen über die Vormundschaftsbehörde (Sechster Teil, §§ 64 und 65) können und müssen darum ersatzlos aus der Gemeindeordnung gestrichen werden.

Behandlung im Grossen Gemeinderat

Der Grosse Gemeinderat hat die Reorganisation der Fürsorgebehörde am 16. September 2013 mit 47 zu 7 Stimmen deutlich gutgeheissen. Nebst dem X. Nachtrag zur Gemeindeordnung genehmigte er dabei in eigener Kompetenz auch die neue Geschäftsordnung für die Sozialhilfebehörde.

In der Debatte wurde festgehalten, dass durch die Reorganisation das Potenzial der Behörde besser genutzt werden könne. Begrüsst wurden insbesondere die Trennung zwischen operativer und strategischer Ebene sowie die damit verbundene Delegation der Behandlung der Einzelfälle an die Verwaltung. Das gebe der Behörde den nötigen Spielraum, sich auf die strategisch-normativen Aufgaben zu konzentrieren. Zudem gehe mit der Reorganisation eine Reduktion der Behördenmitglieder einher. Insgesamt wurde die Vorlage als ausgewogen und sinnvoll betrachtet. Bedenken wurden von einer kleinen Minderheit bezüglich der Kompetenzdelegation an die Verwaltung geäussert. Dies habe zur Folge, dass die parteipolitisch breit abgestützte Behörde nicht mehr im Einzelfall entscheiden könne.

Antrag

Die Gemeindeordnung vom 26. November 1989 wird durch einen X. Nachtrag (Bestimmungen betreffend Sozialhilfebehörde) geändert.

Beschluss im Wortlaut

X. Nachtrag zur Gemeindeordnung vom 26. November 1989 (Bestimmungen betreffend Sozialhilfebehörde)

Die Gemeindeordnung vom 26. November 1989 wird durch einen X. Nachtrag wie folgt geändert:

§ 10 (3. Ausschluss des Referendums) Abs. 1 Ziff. 8

¹ Folgende Beschlüsse des Grossen Gemeinderates sind der Abstimmung durch die Gemeinde entzogen:

...

8. Beschlüsse, durch welche das Eintreten auf Vorlagen des Stadtrates oder der Sozialhilfebehörde, der Zentralschulpflege, der Kommissionen Berufsvorbereitungsjahre oder Metallarbeiterschule abgelehnt wird;

§ 27 (I. Wahl) Abs. 1 Ziff. 7

¹ Der Grosse Gemeinderat wählt:

...

7. die Mitglieder der Sozialhilfebehörde

§ 28 (II. Übrige Befugnisse) Abs. 1 Ziff. 4 und 24

¹ Dem Grossen Gemeinderat stehen zu:

...

4. die Beschlussfassung über alle anderen durch die kantonale Gesetzgebung der Gemeindeversammlung zugewiesenen Geschäfte, soweit sie das Gesetz oder die Gemeindeordnung nicht der Gemeinde vorbehält oder dem Stadtrat, der Zentralschulpflege, den Kommissionen Berufsvorbereitungsjahre oder Metallarbeiterschule oder der Sozialhilfebehörde überträgt;

...

24. die Genehmigung der Geschäftsordnung der Sozialhilfebehörde;

§ 34 (I. Sitzungen) Abs. 5

⁵ Den Mitgliedern der Zentralschulpflege, der Kommissionen Berufsvorbereitungsjahre und Metallarbeiterschule und der Sozialhilfebehörde steht das Recht zu, bei der Beratung von Angelegenheiten aus ihrem Zuständigkeitsbereich an den Sitzungen des Grossen Gemeinderates teilzunehmen und Anträge zu stellen.

Sechster Teil: Die Vormundschaftsbehörde

Die §§ 64 bis 65bis werden aufgehoben.

Siebenter Teil: Die Sozialhilfebehörde

§ 66 (I. Zusammensetzung)

¹ Die Sozialhilfebehörde besteht aus demjenigen Mitglied des Stadtrates, dem das Departement Soziales zugeteilt ist, als Präsident oder Präsidentin und zehn weiteren Mitgliedern.

§ 67 (II. Befugnisse)

¹ Die Sozialhilfebehörde erledigt die ihr durch die Gesetzgebung übertragenen Aufgaben.

² Sie kann Aufgaben an Mitglieder oder Ausschüsse delegieren.

³ Sie erlässt eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung durch den Grossen Gemeinderat unterliegt, sowie ein Organisations- und Kompetenzreglement.

§ 67bis (III. Übertragung von Aufgaben)

¹ Die Sozialhilfebehörde überträgt in der Geschäftsordnung ihre Entscheidungsbefugnisse für alle Einzelfälle an die zuständige Bereichsleitung im Departement Soziales zur selbstständigen Erledigung. Die Bereichsleitung kann die Entscheidungskompetenz an Mitarbeitende des Bereichs weiterdelegieren.

² Gegen Anordnungen der Bereichsleitung und von ermächtigten Mitarbeitenden kann innert 30 Tagen nach der Mitteilung stadtintern Einsprache bei der Sozialhilfebehörde erhoben werden. Die Einsprache an den Stadtrat ist ausgeschlossen.

³ Für das Verfahren gelten die Vorschriften des kantonalen Verwaltungsrechtspflegegesetzes über den Rekurs.

§ 68 (IV. Entschädigungen)

¹ Nicht voll angestellte Mitglieder der Sozialhilfebehörde beziehen Sitzungsgelder.

² Im Übrigen werden die Entschädigungen durch Verordnung des Grossen Gemeinderates bestimmt.

Überbrückungsfinanzierung für Biorender



Die Biogasanlage von Biorender.

In der Schweiz fallen pro Jahr über 325 000 Tonnen Schlachtabfälle an. Aus einem Grossteil davon wurde früher Tierfutter hergestellt. Als Folge der BSE-Krise werden diese Abfälle heute verbrannt. Die Biorender AG stellt aus solchen wertvollen Resten in einem pionierhaften Verfahren Biogas her. Die Stadt Winterthur ist an der Biorender AG beteiligt und bezieht einen Teil des produzierten Biogases. Damit kann herkömmliches Erdgas ersetzt und eine Reduktion der CO₂-Emissionen erreicht werden.

Biorender wendet ein Verfahren an, das weltweit noch nirgends im Einsatz ist. Diese Pionieranlage erreichte aufgrund technischer Schwierigkeiten die erwartete Produktionsmenge an Biogas bisher nicht. Die niedrigere Gasmenge führte zu höheren Preisen für die Energie aus Biogas. Der aktuelle Preis für den so genannten ökologischen Mehrwert beträgt 50 Rappen pro Kilowattstunde (Rp./kWh).

Durch die grössere Erfahrung im Betrieb und technische Verbesserungen konnte die Produktionsmenge während des letzten halben Jahres kontinuierlich erhöht werden. Deshalb kann der Preis bereits im

nächsten Jahr auf 35 Rp./kWh gesenkt werden. Die anfallenden Kosten werden durch den Gashandel von Stadtwerk Winterthur gedeckt. Steuergelder werden für Biorender keine eingesetzt.

Mit dem beantragten Beschluss wird die stadtseitige Finanzierung von Biorender bis Mitte 2014 gesichert. Über die weitere Beteiligung Winterthurs an der Biorender AG wird der Grosse Gemeinderat nach der anstehenden Volksabstimmung entscheiden können; der Stadtrat wird ihm dazu rechtzeitig vor Ablauf der Überbrückungsfinanzierung eine weitere Vorlage unterbreiten.

Der Stadtrat und der Grosse Gemeinderat (mit 24 zu 23 Stimmen bei einigen Enthaltungen) beantragen den Stimmberechtigten, den ökologischen Mehrwert bis Ende 2013 auf 50 Rp./kWh zu belassen und danach auf 35 Rp./kWh bis Mitte 2014 zu senken. Gegen den Entscheid des Grossen Gemeinderates hat eine Minderheit im Parlament das Behördenreferendum ergriffen, weshalb eine Volksabstimmung notwendig ist.

Die Biorender AG in Münchwilen beschäftigt heute 23 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und stellt in einem weltweit noch nirgends praktizierten Verfahren aus Schlachtabfällen und Speiseresten Biogas her. Dazu übernimmt Biorender von zahlreichen Betrieben und Restaurants in Winterthur, der Umgebung und der Ostschweiz die entsprechenden Abfälle. Ein Grossteil dieser Abfallstoffe darf seit der BSE-Krise nicht mehr an Tiere verfüttert werden. Das in herkömmlicher, energieintensiver Weise hergestellte Tiermehl muss seither verbrannt werden. Damit geht auch der darin enthaltene, weltweit als Pflanzennährstoff unverzichtbare Phosphor verloren. Biorender eröffnet eine alternative Verwertungsmöglichkeit.

Diese bleibt auch dann sinnvoll, wenn allenfalls ein namhafter Teil der Abfälle in Zukunft unter entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen wieder der Verfütterung zugeführt werden kann. So verfügt Biorender über die Zulassung zur Entsorgung von problematischen tierischen Abfällen, zum Beispiel aus Seuchenbeständen, welche weiterhin speziell entsorgt werden müssen. Bisher war dies nur über sehr wenige Verarbeitungsbetriebe möglich. Für diese Kategorie von Abfällen können auch die höchsten Entsorgungsentgelte gelöst werden. Die Anlage von Biorender ist auf eine Verarbeitungsmenge ausgelegt, welche dem regionalen Entsorgungsbedarf derartiger Abfälle entspricht.

Pionierhafte Technologie

Die Verarbeitungstechnologie von Biorender ist aufgrund der biologischen, chemischen und physikalischen Prozesse wesentlich komplexer als die Vergärung von Grünabfällen und stellt damit ein eigentliches Pionierprojekt dar. Es ist daher wenig überraschend, dass die in Versuchen im Kleinmassstab erfolgreich erprobten Technologien nach Inbetriebnahme der Grossanlage Anfang 2011 weiter optimiert werden mussten.

Die Vergärung ist ein biologischer Prozess, bei dem Bakterien eine zentrale Rolle spielen. Verbesserungen bei technischen Problemen können daher nur in kleinen Schritten herbeigeführt werden, damit sich die Biologie an die neuen Gegebenheiten anpassen kann. Wegen der zahlreichen Schritte, die zur Verbesserung eingeleitet werden mussten, kam es zu Verzögerungen, die in diesem Ausmass nicht vorhergesehen werden konnten.

Die geringe Gasproduktion setzte Biorender finanziell massiv zu. Insbesondere fehlten die Erträge aus dem Gasverkauf. Dazu kamen die mengenbedingt geringeren Entgelte für die Abfallverwertung und die höheren betrieblichen Kosten durch die Arbeiten zur technischen Problemlösung. Deshalb bezahlten die gasbeziehenden Aktionäre seit Beginn der Produktion einen höheren Preis für den sogenannten ökologischen Mehrwert als ursprünglich geplant. Aktuell liegt dieser Preis bei 50 Rp./kWh.

In der Zwischenzeit konnten viele der technischen Probleme schrittweise gelöst werden. Die Gasproduktion konnte im laufenden Jahr von Werten unter 20 Prozent der geplanten Kapazität auf über 50 Prozent per Ende August gesteigert werden. Der eingeschlagene Weg zur Behebung der technischen Probleme scheint sich damit als richtig zu erweisen. Die finanzielle Lage von Biorender kann entsprechend verbessert und unter der Voraussetzung, dass alle Gasbezügler denselben erhöhten Preis bezahlen, gesichert werden.

Beteiligung der Stadt Winterthur

Der Stadtrat von Winterthur hat dem Grossen Gemeinderat ursprünglich eine Beteiligung an der Biorender AG von 2 Millionen Franken vorgelegt. Auf Beschluss des Parlaments vom 16. März 2009 hat sich die Stadt Winterthur, vertreten durch Stadtwerk Winterthur, schliesslich mit 3 Millionen Franken am Aktienkapital der neu gegründeten Biorender AG in Münchwilen beteiligt. Für diese Beteiligung sprachen insbesondere folgende nach wie vor zutreffende Gründe:

- Der Entsorgungsweg für Schlachtabfälle und Speisereste, den die Biorender AG neu anbietet, ist pionierhaft. Die wertvollen Abfallstoffe werden nicht bloss verbrannt, sondern zu einer wertvollen Energieressource.
- Die Handelspreise für fossile Energien wie Erdöl oder Erdgas sind auf den Weltmärkten grossen und unvorhersehbaren Schwankungen unterworfen. Langfristig schwinden zudem die vorhandenen Reserven. Demgegenüber bleiben die Preise von inländisch produzierter Energie aus erneuerbaren Rohstoffen eher stabil.
- Die in unserer Region produzierte Energie schafft lokal Arbeitsplätze – Arbeitsstellen des sekundären Wirtschaftssektors, die gerade in der heutigen Zeit sehr willkommen sind.
- Die im Ausland teilweise intensiv betriebene Energiegewinnung aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen wie beispielsweise Mais ist aufgrund ihres Produktionsaufwandes ökologisch schädlicher als die konventionellen fossilen Brennstoffe. Einzig Treib- und Brennstoffe aus Abfallprodukten (zum Beispiel kompostierbare Abfälle oder wie im Falle von Biorender tierische Nebenprodukte) stellen ökologisch einen Gewinn dar. Der ökologische Vorteil des Verfahrens bei Biorender wurde, bevor die Beteiligung an Biorender beschlossen wurde, in einer Studie wissenschaftlich belegt.
- Das von Biorender produzierte Biogas besteht grösstenteils aus Methan (CH₄) und kann nach entsprechender Aufbereitung ins Erdgasnetz eingespeist werden. Es lässt sich damit einfach transportieren und kann gleich vielseitig wie Erdgas zum Beispiel in bestehenden Heizungen verwendet werden, allerdings mit dem grossen Vorteil einer sehr guten CO₂-Bilanz. Die direkte Gaseinspeisung vermeidet Energieverluste, wie sie bei den verbreiteten Anlagen, die Biogas in Strom umwandeln, in Kauf genommen werden müssen.

Die Städte Wil und St.Gallen halten gleich grosse Aktienanteile an der Biorender AG wie Winterthur. Weiter an Biorender beteiligt sind die Städte Schaffhausen, Flawil und Uzwil. Ein kleineres Aktienpaket wird von Privaten gehalten. Das gesamte Aktienkapital beträgt 12,2 Millionen Franken. Mit der Beteiligung an Biorender

sichert sich die Stadt Winterthur den anteilmässigen Bezug von Biogas aus einer ökologisch sinnvollen, erneuerbaren und einheimischen Quelle.

Finanzierung des Betriebs von Biorender

Die Kosten der Biorender AG sind weitgehend durch die Kapital- und Betriebskosten der Anlage bestimmt, welche unabhängig von der verkauften Gasmenge anfallen. Da die geplante Menge an Gas aufgrund der geschilderten Schwierigkeiten nicht produziert werden konnte, einigten sich die Aktionäre darauf, die Vergütung für das Gas vorübergehend zu erhöhen. Diese Überbrückungsfinanzierung wurde immer unter der Annahme gewährt, dass dies eine vorübergehende Massnahme darstelle und der Preis mit steigender Produktion laufend gesenkt werden könne. Dieses Ziel hat nach wie vor Gültigkeit. Die aktuellen Produktionszahlen bestätigen diesen Trend. Die Biorender AG geht davon aus, dass sie bis Ende 2013 die Produktion auf 70 Prozent der geplanten Menge steigern können.

Um zu verhindern, dass bei einer höheren Produktionsmenge Biorender mehr Mittel als benötigt zufließen, soll der absolute Vergütungsbetrag auf maximal 2,25 Millionen Franken pro Jahr beschränkt werden. Der ökologische Mehrwert würde bei einer Überschreitung dieser Grenze nach unten korrigiert. Die Reduktion auf 35 Rp./kWh auf den 1. Januar 2014 entspricht dieser Entwicklung.

Die an Biorender geleisteten Zahlungen seitens der Stadt Winterthur laufen über die Rechnung der Gasversorgung von Stadtwerk Winterthur. Steuergelder werden dafür keine eingesetzt.

Der Deckungsbeitrag, den die Stadt mit dem erhöhten ökologischen Mehrwert an Biorender vergütet, ist (umgerechnet auf den gesamten Gasverkauf von Stadtwerk Winterthur) vergleichbar mit der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) in der Stromwirtschaft. Mit der KEV, welche der Bund vor einiger Zeit schweizweit eingeführt hat, werden Anlagen, die erneuerbaren Strom produzieren, unterstützt. Die Finanzierung erfolgt über eine Abga-



In der Gastronomie fallen viele Tonnen an Speiseresten an. Bei Biorender werden sie sinnvoll zu Biogas verwertet.

be auf dem allgemeinen Strompreis. Die Vergütung für Strom aus Fotovoltaikanlagen betrug beispielsweise im Jahr 2009 65 Rp./kWh und im Jahr 2013 noch 33 Rp./kWh. Dazu bezahlt jeder Stromkunde und jede Stromkundin einen Aufpreis von 0,45 Rp./kWh (ab 2014 0,6 Rp./kWh). In der Gaswirtschaft besteht kein solches nationales Programm zur Förderung von Quellen für erneuerbare Energien. Der gegenüber Biorender entrichtete Preis für den ökologischen Mehrwert nimmt diese Funktion für Winterthur auf vergleichbare Weise wahr. Das Gas von Stadtwerk Winterthur wird dadurch 2014 auch mit maximal 0,45 Rp./kWh belastet.

Nachhaltige Gasversorgung

Er steckt in Milch und Fleisch, im Wein und im Kunstdünger: Phosphor. Das chemische Element ist für uns als Düngemittel und als Wachstumsfaktor für alle Pflanzen lebensnotwendig, doch die Vorräte sind begrenzt. Daher soll Phosphor nun zurückgewonnen werden. Phosphor fällt in grossen Mengen an im Abwasser und natürlicherweise bei Schlachtabfällen, da dieses Element in den Knochen gebunden ist. In der Abwasserreinigungsanlage von Winterthur sind die Vorbereitungsarbeiten für eine zukünftige Phosphorrückgewinnung bereits

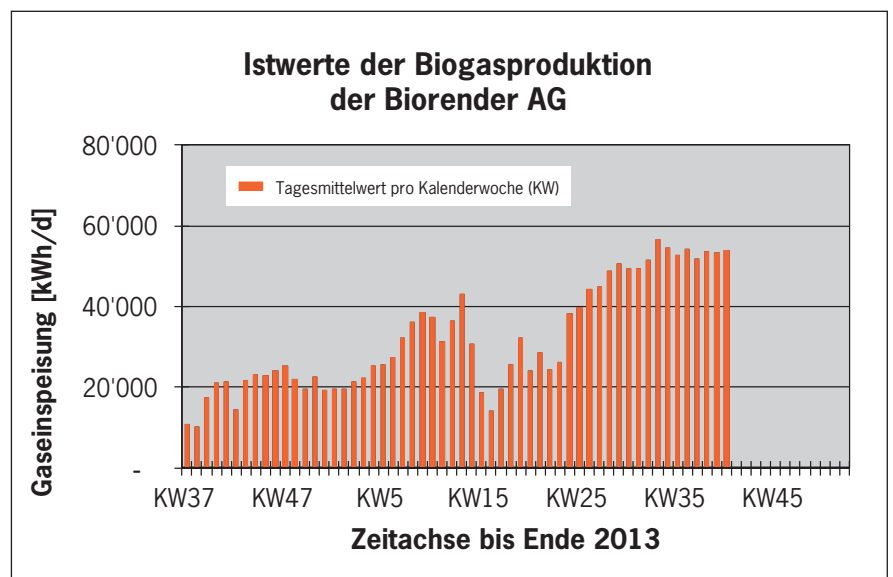
im Gange. Bei Biorender eröffnet sich die Chance ebenfalls, aus dem anfallenden Restschlamm den wertvollen Phosphor in Zukunft zurückzugewinnen. Im Gegensatz dazu wird das Tiermehl heute in der Zementindustrie verbrannt. Der Phosphor geht dabei verloren.

Biorender produziert Biogas und leistet damit einen Beitrag zur Umsetzung der Ziele der städtischen Energie- und Klimapolitik (siehe Kasten). Biogas bietet sich hier als Ersatz für das gängige Erdgas an, ohne dass bestehende Heiz- und Produktionsanlagen umgerüstet werden müssen.

Bei Stadtwerk laufen die Vorbereitungsarbeiten, damit im nächsten Jahr Biogas-Produkte angeboten werden können. Diese sind vergleichbar mit den Produkten, wie sie beim Strom bereits bekannt sind. Bei geplanter Vollproduktion von Biorender würde Stadtwerk aus dieser Quelle 12 Gigawattstunden (GWh) Biogas pro Jahr beziehen. Dies ist zwar eine beachtliche Menge (Biorender wäre damit einer der grössten Biogasproduzenten der Schweiz), macht auf den Gesamtumsatz von Stadtwerk im Umfang von rund 500 GWh aber gleichwohl nur einen kleinen Teil aus. Stadtwerk Winterthur geht in ersten Schätzungen davon aus, dass der Absatz von Biogas über die neuen Produkte bei 20 bis 30 GWh liegen wird.

Wieso nur bis Mitte 2014?

Angesichts der laufenden Verbesserungen des Betriebs bei Biorender wählte der Stadtrat ein zweistufiges Vorgehen. Mit einem ersten Beschluss wollte er die unmittelbare Fortführungsfähigkeit des Unternehmens gewährleisten und mit einer zweiten Vorlage, die er dem Gemeinderat gegen Ende des Jahres vorlegen will, sollte die mittelfristige Zukunft des Betriebs ab Mitte 2014 gesichert werden. Der Stadtrat hält nach wie vor an diesem Vorgehen fest. Da gegen den ersten Beschluss das Referendum ergriffen wurde, wird nun lediglich über den Zeitraum bis Mitte 2014 abgestimmt. Der Stadtrat wird das Resultat der Abstimmung in die geplante zweite



Vorlage einfließen lassen. Deshalb hat diese Volksabstimmung auch über Mitte 2014 hinaus einen Einfluss auf die Zukunft der Biorender AG.

Behandlung im Grossen Gemeinderat

Der Grosse Gemeinderat hat das vorliegende Geschäft am 26. August 2013 mit 24 zu 23 Stimmen bei einigen Enthaltungen gutgeheissen.

Die Befürworterinnen und Befürworter der Vorlage strichen die ökologische Sinnhaftigkeit des Engagements hervor und wollten der Firma deshalb eine Chance geben. Die Biorender AG brauche jetzt eine Phase der Ruhe. Zudem wurde ausgeführt, man sei sich in Fachkreisen einig, dass die gesteckten Ziele durchaus erreicht werden könnten. Der Preis sei momentan zwar hoch, doch handle es sich um eine pionierhafte Anlage. Zudem wurde eingebracht, dass die Stadt bei einer Ablehnung des Geschäfts nicht mehr Geld zur Verfügung habe, da das Engagement über den Gashandel und nicht über die Steuerkasse finanziert werde.

Alles in allem betrachtet sei das wirtschaftliche Risiko bei Biorender im Vergleich zu zentralen Grosskraftwerken deutlich geringer und – dem Winterthurer Aktienanteil entsprechend – verhältnismässig und verkraftbar.

Die Gegner der Vorlage brachten vor, dass diese Beteiligung eine «reine Geldverschwendungsmaschine» sei. Zudem wurde von verschiedener Seite geltend gemacht, dass das Vertrauen in das Vorhaben aufgrund verschiedener Vorfälle nicht mehr vorhanden sei. Auch könne das Rohmaterial problemlos von der Tiermehlfabrik in Bazenhaid übernommen werden. Ebenfalls wurde die Frage aufgeworfen, ob es wirklich Sache des Staates und der Stadt Winterthur sei, solche Investitionen zu tätigen und damit grosse Risiken einzugehen. Auch von der Gegenseite wurde aber letztlich festgehalten, dass ein Abbruch zu bedauern wäre, da die technische Idee sehr interessant sei.

Gegen den Beschluss des Grossen Gemeinderates wurde das Behördenreferendum ergriffen. Deshalb ist nun eine Volksabstimmung notwendig.

Energiepolitik – nicht nur auf dem Papier

Die Produktion von Biogas in der Schweiz – bei Biorender wie auch in anderen bestehenden Anlagen – wird aller Voraussicht nach auch in absehbarer Zukunft nicht zu Preisen möglich sein, zu welchen Erdgas auf dem Markt angeboten wird. Der benötigte Aufpreis (so genannter ökologischer Mehrwert) rechtfertigt sich mit dem ökologischen Vorteil von Biogas gegenüber Erdgas. Biogas trägt zur Reduktion der CO₂-Emissionen bei und ist damit ein Beitrag zum Klimaschutz; zudem trägt es zur Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien bei. Beides Ziele, welche mit den energiepolitischen Zielsetzungen des Bundes und der Stadt Winterthur übereinstimmen.

Die Stadt Winterthur will im Rahmen ihrer Klimaschutz- und Energiepolitik die Ziele der 2000-Watt- und 1-Tonne-CO₂-Gesellschaft erreichen. Diese Absicht ist nicht nur in den Legislatorschwerpunkten 2010–2014 des Stadtrates verankert, sondern darüber hinaus zu einer Verpflichtung für die Winterthurer Politik und Verwaltung geworden, nachdem die Winterthurer Stimmbevölkerung am 25. November 2012 sowohl die Volksinitiative «Winergie 2050 – Winterthurs Energiezukunft ist erneuerbar» als auch den diesbezüglichen Gegenvorschlag von Stadtrat und Grosse Gemeinderat angenommen hat. Auf dem Weg in Richtung 2000-Watt- und 1-Tonne-CO₂-Gesellschaft orientiert der Stadtrat seine Energie- und Klimaschutzaktivitäten am Grundlagenbericht zum städtischen Energiekonzept 2050. Dieser Bericht zeigt anhand von Absenkpfeilen für den Energieverbrauch und für die Treibhausgasemissionen auf, in welchen Etappen die angestrebten Ziele erreicht werden können. Das Engagement bei Biorender ist eine Massnahme bei der konkreten Umsetzung dieser hoch gesteckten Zielsetzung.

Erhalt der Handlungsfähigkeit von Biorender

Mit einem Ja der Stimmbevölkerung ist die Vergütung des ökologischen Mehrwerts bis Mitte 2014 für Biorender vonseiten der Stadt Winterthur gesichert. Dies ist eine Voraussetzung, um die Biorender AG weiter betreiben und den pionierhaften Weg weiter vorangehen zu können.

Mit einem Nein der Stimmbevölkerung würde der Biorender AG, angesichts ihrer aktuell sehr angespannten Finanzlage, die Handlungsfähigkeit entzogen. Es droht der rasche Konkurs mit grossen Verlusten für alle Beteiligten. Bei einem Nein wäre zudem ein grosser Verlust an Wissen und Erfahrung bei der Herstellung und Aufbereitung von Biogas die Folge.

Biorender ist eine Pionieranlage, mit der Erfahrungen gesammelt werden und eine neue Technologie entwickelt wird, die weltweit zur Anwendung gelangen könnte. Die Unternehmung unterstützt das Ziel, den Anteil an erneuerbarer Energie

zu erhöhen. Bei einem Nein zur Überbrückungsfinanzierung wären nicht zuletzt die 23 Arbeitsstellen bei Biorender akut gefährdet. Eine Mehrheit im Gemeinderat hat auch deshalb der Vorlage des Stadtrates zugestimmt.

Antrag

Der Stadtrat wird ermächtigt, der Biorender AG zulasten der Rechnung von Stadtwerk Winterthur/Gashandel bis Mitte 2014 weiterhin einen Deckungsbeitrag (erhöhter ökologischer Mehrwert) an die Kosten der Biorender AG zu vergüten. Die aus diesem Aufpreis resultierenden (und nicht direkt an Biogasabnehmer/-innen weiter verrechenbaren) Vergütungen an Biorender dürfen jährlich maximal 2,25 Millionen Franken betragen (der ökologische Mehrwert bis Ende 2013 maximal 50 Rp./kWh, bis Mitte 2014 maximal 35 Rp./kWh).

Wann und wo abstimmen?

Stimmabgabe an der Urne

	Samstag 23. November 10.00–18.00	Sonntag 24. November
Hauptbahnhof für Stimmende der ganzen Stadt		
Winterthur-Stadt, Wahlkreis 1 Stadthaus Schulhäuser Neuwiesen und Tössfeld		10.00–12.00 10.30–11.30
Oberwinterthur, Wahlkreis 2 Schulhaus Ausserdorf Kindergarten Guggenbühl Schulhaus Hegi Schulhäuser Talacker, Reutlingen und Stadel sowie Stimmlokal Ricketwil		10.00–12.00 10.00–11.30 10.30–12.00 10.30–11.30
Seen, Wahlkreis 3 Kirchgemeindehaus Kanzleistrasse Schulhäuser Tägemoos, Sennhof, Iberg und Eidberg sowie Stimmlokale Gotzenwil und Oberseen		10.00–12.00 10.30–11.30
Töss, Wahlkreis 4 Kirchgemeindehaus Stationsstrasse Freizeitanlage Dätttau		10.00–12.00 10.30–11.30
Veltheim, Wahlkreis 5 Schulhaus Löwenstrasse Schulhaus Schachen		10.00–12.00 10.30–11.30
Wülflingen, Wahlkreis 6 Schulhaus an der Eulach Schulhäuser Langwiesen und Neuburg		10.00–12.00 10.30–11.30
Mattenbach, Wahlkreis 7 Schulhaus Gutschick Schulhaus Schönengrund		10.00–12.00 10.30–11.30

Briefliche Stimmabgabe

Für die briefliche Stimmabgabe sind die Angaben auf dem Stimmrechtsausweis zu beachten. Das Kuvert ist rechtzeitig zu retournieren, damit es spätestens am Samstag vor dem Urnengang um 12.00 Uhr beim Stimmregister eintrifft.

Vorzeitige Stimmabgabe

In der Woche vor dem Abstimmungstag können Stimmberechtigte ihre Stimmzettel bei der Einwohnerkontrolle, Stadthausstrasse 21, 2. Stock, wie folgt vorzeitig abgeben:

Donnerstag 8.00 bis 18.30 Uhr
Freitag 8.00 bis 16.00 Uhr

(Stellvertretung erlaubt, beachten Sie dazu die Angaben auf dem Stimmrechtsausweis.)

Auskünfte

Stimmberechtigte, deren Abstimmungsunterlagen unvollständig sind, können sich an Telefon 052 267 57 53 wenden (Stimmregister).

Die Abstimmungsergebnisse werden am Sonntag, 24. November 2013, im Internet veröffentlicht.

www.stadt.winterthur.ch

Stadt Winterthur 